Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes

christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— inkl. Expedition und Druck von
Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.
Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 34. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 24. August 1907. Fernpredi-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

IV. Internationaler Kongress christlicher Textilarbeiter zu Zürich.

Die Schweiz! Wer träumt nicht bei der Kenntnis dieses Wortes von himmelanstrebenden Bergen und ewig vereisten Gletschern? Wohl mag der Bewohner nordlicher Gegenden über die Vollkommenheit der Hochtouristen spötteln; wer Gelegenheit hat, das Alpenland zu sehen, der findet es erlauchlich, daß die gewaltigen Naturschönheiten den kühnen Bergsteiger emporsiebeln zu den feinsten und gefährlichsten Höhen. Die Stadt Zürich ist mit ihren 175 000 Einwohnern die größte und bedeutendste Stadt der Schweiz. Als die deutschen, belgischen und holländischen Delegierten am Sonntag, den 11. August gegen Mittag in Zürich angelangt waren, da ging es in einstündiger Fuhre hinaus zum Albisflüßli, wo das christliche Gewerkschaftskartell Zürich ein Wahlfest veranstaltet hatte.

Ein buntes und doch so anmutiges Bild bot sich den nordlichen Gästen. Eine Musikkapelle spielte flotte Weisen und eine Sänger- und Sängerienschar sang von Freiheit und Vaterland. Freiheitsdrang und Vaterlandsliebe sind dem schweizerischen Arbeiter unzertrennliche Begriffe. Er liebt seine freien Berge, weil er die Freiheit liebt.

Für Montag Abend hatte das christliche Gewerkschaftskartell Zürich eine Begrüßungsversammlung veranstaltet. Der Kartellvorsitzende, Kollege Sander, hielt eine schöne Begrüßungsansprache, dabei einen kurzen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte des schweizerischen christlichen Textilarbeiterverbandes werfend. Redner schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß der internationale Textilarbeiterkongress reiche Früchte tragen möge zum Nutzen der christlichen Textilarbeiter aller Länder.

Kollege Schiffer-Düsseldorf dankte namens der Delegierten für die herzliche und schöne Begrüßung und legte darauf die Gründe dar, warum auch die christliche Gewerkschaftsbewegung sich international vereinige. Es sei zunächst das natürliche Bestreben, für den guten christlichen Organisationsgedanken auch außerhalb der Grenzgebiete Propaganda zu entfalten, und als Männer der Praxis müssen wir die Gewerkschaftsbewegung international gestalten.

Heute haben wir die Weltwirtschaft, und wie das Kapital internationale Beziehungen hat, so hat auch die Arbeitererschaft wirtschaftliche Gründe zur internationalen Vereinigung. Nicht allein die gegenseitige Belehrung und Aufmunterung ist notwendig, sondern ganz besonders die Förderung der internationalen Arbeitervereine. Die internationale Vereinigung ist eine Hauptfrage für die internationale Arbeiterbewegung. Endlich muß der verkehrten, einseitigen, politisch sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung eine mindestens ebenbürtige internationale christliche Arbeiterbewegung gegenüber gestellt werden.

Kollege Schiffer berichtet über den allgemeinen Textilarbeiterkongress im Jahre 1902 in Zürich, wozu auch ausdrücklich die deutschen christlichen Organisationen eingeladen waren. Die Delegierten sind der Einladung gern gefolgt, um herzlich und aufrichtig beim Kongresse mitzuarbeiten, um namentlich den deutschen und französischen sogenannten „freien“ Verbänden den Beweis zu liefern, daß die christlichen Gewerkschaften nicht in einen Topf geworfen werden dürfen mit den „gelben“ Gewerkschaften, und endlich hoffen sie auf die Einsicht der nüchternen, praktischen Engländer, daß wenigstens diese ein Verständnis für die christlichen Gewerkschaften zeigen würden. Der Redner bringt einige Stellen aus der damaligen Begrüßungsrede des Herrn Greulich zur Verlesung. Diese Worte Greulichs seien wahre Meilensteine für die jungen „freien“ Gewerkschaften mit ihrem verbliebenen Religionshaß, sie sind aber auch auf genanntem Kongress eine Probe geblieben, denn durch eine Resolution setzten sie die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch, daß die christlichen Vertreter hinausgeschickt wurden.

Die Herren Madrin-Belgien, Galbirti-Florenz, Kriktawa-Wien, Berveld-Holland, Debruyne-Gent, Huising-Holland, Colombi-Mailand, hielten Ansprachen in französischer, holländischer, flämischer, italienischer Sprache. Dann begrüßte als letzter Redner der Gemeinderat Kern, Generalsekretär der christlichen Textilarbeiterverbände der Schweiz, die Delegierten namens der christlichen Textilarbeiterverbände. Wie die zahlreichen Wasserchen von den Bergen rinnen und sich in Tale zu mächtigen Flüssen und Seen vereinigen, so muß der christliche Gewerkschaftsgedanke zum Strom werden, der die Arbeitererschaft aller Länder fährt.

Die Kongressverhandlungen hatten bereits am Montag, den 12. August, morgens 9 Uhr begonnen. Kollege Schiffer eröffnete den Kongress im Namen der leitenden Kommission der internationalen Vereinigung. Als Vorsitzende für die Montag-Sitzungen wurden gewählt Schiffer-Düsseldorf und Brillmeyer-St. Gallen. Letzterer bewillkommnet den Kongress namens des christlichen Gewerkschaftsbundes und Textilarbeiterverbandes der Schweiz. Er dankt ganz besonders den Deutschen für das Vorbild, das sie der jungen schweizerischen christlichen Gewerkschaftsbewegung gegeben haben. Der Kongress werde gewiß dazu beitragen, den christlichen Organisationsgedanken in der Schweiz zu befestigen.

Es sind vertreten 25 Delegierte von sechs Landesverbänden, welche 454 Ortsgruppen mit 77 146 Mitgliedern vertreten. Diese verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Delegierte	Ortsgruppen	Mitglieder	
Deutschland	10	258	40 500
Oesterreich	2	90	9 246
Belgien	5	34	5 600
Holland	2	22	4 000
Schweiz	4	30	7 800
Italien	2	20	10 000

Die Verhandlungen werden in deutscher, holländischer, flämischer und französischer Sprache geführt. Als Dolmetscher fungieren für Deutsch-Holländisch-Flämisch der internationale Sekretär Huising-Enschede und der Kollege Heutmann-Gronau, für Deutsch-Französisch die Kollegen Debruyne-Gent und Köhling-Düsseldorf.

Huising-Enschede erstattet den Geschäftsbericht, den wir in der vorigen Nummer bereits nach dem gedruckten Manuskript wiedergegeben haben. Bezüglich der Abstimmung soll der auf dem Genfer Kongress festgesetzte Modus beibehalten werden, daß in weniger wichtigen Fragen nach Nationen abgestimmt werden soll. Sollte sich auf diese Weise keine Einigung erzielen lassen, so soll nach der Zahl der vertretenen Mitglieder abgestimmt werden, und zwar soll jede Organisation für das erste Tausend Mitglieder 2 Stimmen und für jedes weitere Tausend eine Stimme erhalten bis zur Höchstzahl von 10 Stimmen. Durch diesen Abstimmungsmodus soll einem zu großen Uebergewicht der großen gegenüber den kleineren Verbänden vorgebeugt werden.

Die Redezeit für Diskussionsredner wird auf 10 Minuten festgesetzt, die jedoch bei wichtigen Anlässen nach Bedürfnis verlängert werden kann.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht weist Camps (Deutschland) auf die Wichtigkeit der Lohnzahlungsbüchlein hin und empfiehlt deren Einführung. Sistenich (Deutschland) rechnet es zu den Aufgaben des internationalen Sekretärs, über die Frage des Doppelstufensystems in den verschiedenen Ländern Material zu sammeln, sowie über Arbeitszeit und Arbeitslosenversicherung. Fischer (Deutschland) spricht sich im gleichen Sinne aus und betont noch die Wichtigkeit der Sammlung von Material über den internationalen Arbeiterkongress.

Kriktawa (Oesterreich) weist darauf hin, daß der internationale Sekretär seine Tätigkeit als solcher im Nebenamt ausüben müsse. Unser Ideal müsse sein, denselben ganz für uns zu bekommen.

Es gelangt darauf ein vom Kollegen Camps (Deutschland) gestellter Antrag zur Annahme, eine Geschicht der früheren und ein Protokoll des jetzigen Kongresses in den verschiedenen Sprachen erscheinen zu lassen. Es ist Pflicht der angeschlossenen Organisationen, die Zahl der abzunehmenden Exemplare rechtzeitig beim internationalen Sekretär zu bestellen. Ferner sollen die angeschlossenen Organisationen den Sekretär in Zukunft mehr mit Material versehen und dieser mehr als bisher Informationen von den Verbänden einziehen.

Debruyne (Belgien) erstattet einen eingehenden Bericht über Einnahmen, Ausgaben und den Stand der internationalen Unterprüfungsstelle. Derselbe weist, trotz erhöhter Inanspruchnahme in den letzten Jahren, einen Bestand von 14 074,25 Frs. auf. Die Kasse war gepulvert und in Ordnung befanden und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Einem breiten Raum der Verhandlungen nehmen die Berichte über Entwicklung und Stand der angeschlossenen Landesorganisationen ein. Ueber den deutschen Verband berichtet Kollege Schiffer. Der Verband hat sich seit dem Züricher Kongress um 17 000 Mitglieder vermehrt, er zählt jetzt in 258 Ortsgruppen 40 500 Mitglieder. Im Jahre 1906 waren an Einnahmen zu verzeichnen 788 466 Mk., an Ausgaben 769 235 Mk., worunter 384 291 Mk. für Streiks- und Wagnereinsatzunterstützung und 54 688 Mk. für Krankengeld u. a. m. Das Streikbeitragsystem (15—60 Pfg. pro Woche) hat sich gut bewährt. Die deutschen christlichen Gewerkschaften haben mit Erfolg ihre Mitglieder zur Opferwilligkeit erzogen. In dieser Erziehungsarbeit liegt das Geheimnis für die Entwicklung und innere Erstarbung der Verbände. Allein 14 Lokalbeamte sind freigestellt und werden besoldet durch die lokalen Zuschußbeiträge. Verbandsbeamte sind 17 angestellt, also zählt der Verband insgesamt 31 freigestellte Beamte. Die christliche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen hat in Deutschland seit 2 Jahren einen Zuwachs von 130 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Einnahmen werden dieses Jahr 3,5 bis 4 Mill. Mark betragen. 1902 waren 17 Beamte freigestellt, heute sind solche 217 für die Bewegung tätig. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften müssen immer mehr mit den christlichen Gewerkschaften rechnen und sie anerkennen. In vielen Orten haben die christlichen Arbeiter die Führung in Händen. Die kirchlich-wunderlichen Gewerkschaften sind allmählich zur Bedeutungslosigkeit herab, sie scheinen in letzter Zeit zu verschwinden, durch systematische konfessionelle Verhöhnung ihre Organisation auf die Beine zu verhehlen. Die sogenannten „Berliner“ katholische Facharbeiterbewegung ist auch am Abflauen. Unter dem Deckmantel sogen. vaterländischer Arbeitervereine jucht auch die aus Frankreich importierte sogenannte „gelbe“ Gewerkschaftsrichtung Fuß zu fassen. Wir können diese unheilvolle Bewegung nicht scharf genug abweisen.

Namens der Oesterreicher berichtet Kriktawa-Wien. Auch der österreichische Textilarbeiterverband hat sich in erfreulicher Weise entwickelt, zumal die Schwierigkeiten außerordentlich groß sind. Von 17 Ortsgruppen mit 1200 Mitgliedern vor 2 Jahren ist der Verband heute angewachsen zu 90 Ortsgruppen mit 9246 Mitgliedern, so daß der Verband

die größte christliche Gewerkschaftsorganisation im Oesterreich geworden ist. Der Verband hatte im Vorjahre an Einnahmen 38 914,37 Kr. zu verzeichnen, denen 30 446,74 Kr. Ausgaben gegenüber stehen, wovon über 20 000 Kr. für Streikunterstützung, war doch der Verband im Vorjahre bei nicht weniger als 67 Streiks und Ausperrungen in Mitleidenchaft gezogen. Der Verband stellt in sich selbst bereits eine internationale Organisation dar, da die meisten Nationen des österreichischen Kaiserreiches im Verbands vertreten sind. Auch im Boralberg hat der Verband mit Erfolg die dortigen vielen Sticker organisiert.

Verveld-Holland berichtet über die holländische Organisation. Holland bietet in gewerkschaftlicher Beziehung ein Bild der Herpfitterung. Nach Art der deutschen sogenannten „Berliner“ Bewegung hat sich dort eine konfessionelle Gewerkschaftsbewegung gebildet. Der am Kongress vertretene Verband „Unitas“ zählt in 22 Ortsgruppen 4000 Mitglieder. Holland zählt neben der christlichen Organisation noch 4 weitere Gewerkschaftsrichtungen: den katholischen Diözesanverband, den sozialdemokratischen Verband Eintracht, dann die Anarcho-Sozialisten und die Lokalorganisationen. Von den 30 000 Textilarbeitern sind ungefähr 9000 organisiert. Der christliche Verband ist der größte. Er war im letzten Jahre auch bei der großen Ausperrung in Enschede in Mitleidenchaft gezogen; dieselbe kostete ihn über 5000 Gulden, brachte ihm aber auch 1000 neue Mitglieder. Die „Unitas“ hat heute 3 freigestellte Beamte, die Zentralkasse besitzt ein Vermögen von 10 000 Gulden.

Debruyne-Gent (Belgien) berichtet über die belgischen Organisationen. Die Verhältnisse sind dort äußerst schwierig, da die gewerkschaftlichen Tugenden Opferwilligkeit und Disziplin der dortigen Arbeitererschaft nur sehr schwer beizubringen sind. Eine straffe Zentralisation fehlt auch. Die Ortsgruppen haben zu viel Freiheit. Der christliche Textilarbeiterverband verfügt in Belgien zurzeit über 5600 Mitglieder, in 34 Ortsgruppen verteilt. Der Verband hat die Arbeitslosenversicherung eingeführt in Verbindung mit der Gemeinde, welche 60 Proz. der Unterstüßungssumme bezahlt. Es sind zurzeit 2 freigestellte Beamte tätig.

Kern-St. Gallen referiert über die schweizerische christliche Textilarbeiterbewegung. Im Jahre 1904 mit 200 Mitgliedern gegründet, zählt der Verband heute in 90 Ortsgruppen 18 000 männliche und 6000 weibliche Mitglieder. Seit vorigem Jahre sind mit Erfolg die Streikbeiträge eingeführt worden. Der Verband hat namentlich in der Stickerindustrie ein schwieriges Arbeitsfeld, da die Hausindustrie die Agitation bedeutend erschwert. Kränzen, Kranen- und Anzugsunterstützung ist eingeführt. Ebenfalls wird das Genossenschaftswesen gepflegt. Die Genossenschaften haben in kurzer Zeit 3500 Fr. an die Sekretariate geleistet. Seit 1907 besitzt der Verband ein eigenes Organ und mit 1. Juli einen zweiten freigestellten Beamten, der namentlich für die Spinner und Weber tätig sein soll.

Galbirti-Florenz erstattet über Italien Bericht. Christliche Gewerkschaften, auf interkonfessioneller und parteipolitisch-neutraler Grundlage wie in Deutschland und der Schweiz bestehen dort noch nicht. Es sind aber hauptsächlich in der Lombardie bedeutende Anfänge für Organisationen vorhanden, die jetzt schon im christlich-demokratischen Geiste wirken und die sich nach deutschem Muster zu selbständigen christlichen Gewerkschaften zusammenschließen werden. Die drei amnestierten Delegierten verzeichnen die Geschichte des Kongresses auch in Italien durchzuführen und sich der internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen in Rom definitiv anschließen zu wollen.

Ueber Frankreich hat die Kommission der internationalen Vereinigung durch Debruyne-Gent Informationen einzuholen lassen. Die Organisationsverhältnisse sind in Frankreich nicht die glänzendsten. Auch hier ist die Zentralisation nur sehr loie durchgeführt. Es bestehen oft an einem Orte mehrere Vereinigungen desselben Berufes und derselben Richtung. Die Beiträge sind sehr gering. Im übrigen wiegt das revolutionäre Element vor, das wohl auch die Ursache sein wird, daß die sogenannten „gelben“ Gewerkschaften in Frankreich größere Ausbreitung gefunden haben. Letztere sind keine Gewerkschaften, sie leisten nur ganz geringe Beiträge, haben es zwar auch nicht nötig, da ihnen ja die Fabrikanten alle größeren Ausgaben bestreiten. Sie sind darum auch ganz denselben ausgeliefert; in eine Bewegung eintreten und Forderungen stellen, das dürfen diese „Gelben“ nicht. Es gibt auch in Frankreich christlich-demokratische Organisationen, die sich mit der Zeit, ähnlich wie in Italien, zu christlichen Gewerkschaften entwickeln werden.

Ueber Rußland hat Kollege Schiffer ebenfalls Informationen eingegeben. In Rußisch-Polen besteht eine Organisation christlicher Arbeiter, die im vorigen Jahre einige Vertreter zu den praktisch-sozialen Kurzen nach Deutschland geschickt hat, wo dieselben mit der christlichen Gewerkschaftsidee bekannt gemacht wurden. Es ist dort allerdings recht schwierig, für die christlichen Organisationen zu wirken, da die Sozialisten härtester Richtung starke Vereinigungen besitzen, die es zwar in letzter Zeit mit der Wahl ihrer Mittel nicht gerade wählweise genommen haben, indem sie einfach mit dem Revolver den Unternehmern Ingeklärtheiten abgeworfen haben.

Es wird darauf in eine allgemeine Debatte über die Landesberichte eingetreten. Ohne die Schwierig-

keiten zu verkennen, welche sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern entgegenstellen, wurde doch die Notwendigkeit straffer Zentralisation und der Erziehung der Mitglieder zu erhöhter Opferwilligkeit scharf betont. Unablässig müsse daran gearbeitet werden, die Organisationen überall selbständig und unabhängig zu gestalten und auf interkonfessionelle und parteipolitisch-neutrale Grundlage zu stellen.

Bezüglich der Ehrenmitglieder haben sich in verschiedenen Verbänden Mängel eingeschlichen, indem auch solche Personen, die nicht vom Interesse für die Organisation geleitet wurden, die Ehrenmitgliedschaft erwarben. Dem soll in Zukunft durch die Annahme folgender Resolution vorgebeugt werden:

„Ehrenmitglieder können nur solche Personen werden, welche sich besondere Verdienste um die Organisation erworben haben oder einen durch Statut festzusetzenden Jahresbeitrag (welcher mindestens drei Mark betragen muß) zahlen.“

Ehrenmitglieder können nur an den gewöhnlichen Mitgliederversammlungen und zwar nur mit beratender Stimme teilnehmen.

Berüht ein Ehrenmitglied gegen die Interessen des Verbandes, so hat die betreffende Zentralleitung die Verpflichtung, dasselbe aus dem Verbands auszuschließen.“

In der Debatte über diese Resolution wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß den christlichen Gewerkschaften die Unterstützung von Freunden der Arbeiterbewegung aus den anderen Ständen stets willkommen sei. Wo sich aber auf irgend einem Gebiete Auswüchse zeigten, da müßte denselben energisch entgegengetreten werden.

Ueber Regelung der Organisationsverhältnisse an den Grenzen referieren Stins-Enschede (Holland) und Heutmann (Deutschland). Nach einer lehrhaften Debatte, in welcher besonders die Verhältnisse an der holländischen Grenze Gegenstand der Erörterung waren, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Der IV. internationale Kongress (VI. Konferenz) christlicher Textilarbeiterorganisationen beschließt grundsätzlich: Die Berufs- und Genossenschaftsangelegenheiten sind in der Regel — auch in den Grenzgebieten — in dem der internationalen Vereinigung angeschlossenen Landesverbande des beruflichen Tätigkeitsgebietes zu organisieren, weil nur auf diese Weise unsere gewerkschaftlichen Aufgaben in bestmöglicher Weise für die Textilarbeitererschaft realisiert werden können.“

An den um die christliche Gewerkschaftsbewegung hochverdienten Dr. Ariens in Holland sendet der Kongress ein Glückwunschtelegramm zu seinem 50-jährigen Priesterjubiläum.

Darauf erstattete Kollege Fischer-Mülhausen das Referat über Gewerkschaftskartelle und Lokalbeamte.

Die Zahl der Ortskartelle hat sich bei uns in Deutschland in den letzten Jahren ganz bedeutend vermehrt. Ende 1906 betrug die Zahl derselben bei den sozialdemokratischen Organisationen über 500. Auch die christlichen Gewerkschaften haben heute bereits deren 170 zu verzeichnen, gewiß eine erfreuliche Entwicklung, die 1905 schon das Korrespondenzblatt der „freien“ Gewerkschaften zu der Wagnung veranlaßte, die Fortschritte der christlichen Agitation müßten den Genossen ein Ansporn sein, auch ihrerseits in der Agitationsarbeit nicht zu erlahmen.

Ueber den organisatorischen Aufbau der Gewerkschaftskartelle ist nicht viel zu sagen. Derselben setzen sich zusammen aus Vertretern der verschiedenen Berufsgruppen eines Ortes und dessen näherer Umgebung. Jede Berufsgruppe soll entsprechend ihrer Mitgliederzahl vertreten sein. Zu Kartelldelegierten wähle man möglichst eifrige und tüchtige Kollegen, die nicht anderweitig schon zu sehr mit Arbeit überlastet sind.

Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle dürfen einen gewissen Rahmen nicht überschreiten. Um eine Kollision mit den Zentralverbänden zu vermeiden, hat der Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands zu Breslau 1906 die Befugnisse derselben erneut genau umgrenzt. Immerhin sind die letzteren noch so weitgehend, daß die Kartelle bei rühriger Tätigkeit vieles im Interesse der Arbeiter und der Bewegung zu leisten vermögen. In nachfolgendem sei dargelegt, auf welchen Gebieten sich die Gewerkschaftskartelle zu betätigen haben.

Einer ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Heranbildung tüchtiger geschulter Gewerkschaftler. Es gilt einen Stamm von Kollegen zu schaffen, die in der Leitung einer Ortsgruppe wie auch in der Agitation und als Vertreter der Arbeiter in den sozialen Institutionen hervorragendes zu leisten vermögen. Die Mitglieder müssen mehr und mehr über die ideellen Grundlagen unserer Bewegung, sowie über deren Stellung in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben aufgeklärt und belehrt werden. Auch die Erziehung der Mitglieder zur Disziplin, zu einem tatkräftigen, selbständigen Vorgehen bei Lohnbewegungen ist eine dankenswerte Aufgabe der Gewerkschaftskartelle.

Die Mittel, die den Gewerkschaftskartellen bei dieser Tätigkeit zur Verfügung stehen, sind mannigfaltig. Erwañt seien zunächst die gemeinsamen Sitzungen der Ortsgruppenvorsitzende, Vertrauensmänner und Kartelldelegierten. Derselben sollen möglichst vierteljährlich stattfinden. Durch einen entsprechenden Vortrag mit gegenseitigem Meinungsaustausch über die in den einzelnen Ortsgruppen gemachten Erfahrungen kann diesen Kollegen manch praktischer Winke und manche Anregung für ihr ferneres Wirken erteilt werden. Ebenso sind diese Sitzungen eine günstige Gelegenheit, aktuelle Tagesfragen, deren

Kenntnis für die mit Vertrauensämtern beauftragten Kollegen unerlässlich ist, zur Sprache zu bringen.

Empfehlenswert sind auch gemeinsame, viertel- oder mindestens halbjährliche Kartellversammlungen, an denen sich die Mitglieder aller Ortsgruppen zu beteiligen haben.

Besonders intelligenten und vorwärts strebenden Mitgliedern ist dann auch durch Errichtung einer Kartellbibliothek Gelegenheit zur weiteren Auszubildung zu bieten. Um die Kartellbibliothek reichhaltig und gebiegen ausstatten zu können, empfiehlt sich die Verschmelzung der etwa am Orte noch bestehenden Einzelbibliotheken.

Einem dringenden Bedürfnis entsprechen die Unterrichtsreisen. Jedes Kartell soll sich bestreuen die Errichtung eines solchen angelegen sein lassen.

Neben der inneren Vertiefung der Gewerkschaftsidee muß sich ein Gewerkschaftskartell auch den äußeren Ausbau der Bewegung angelegen sein lassen. Eine starke Gesamtbewegung bietet auch den einzelnen Ortsgruppen einen kräftigeren Rückhalt.

Die Kartelle sollen auch die Fühlung nehmen mit den konfessionellen Vereinen, um deren Mitglieder für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen.

Ein Punkt, der zu Kollisionen mit den Zentralvorständen führen kann, sind die Lohnbewegungen. Hier haben sich die Kartelle möglichst frühzeitig zu beteiligen.

Zu erwähnen bleibt noch die Beteiligung der Kartelle an den Wahlen der Arbeitervertreter zu den sozialen Institutionen.

Für die Entlassung von Lokalbeamten ist selbstverständlich darauf zu achten, daß diese Stellen nur mit geeigneten würdigen Kollegen besetzt werden.

Den Gewerkschaftskartellen bleibt die Erziehung der Personalarbeiter selbst überlassen. Bei den selbstbegrenzten Befugnissen derselben hat das Kartell bei der Anstellung von Lokalbeamten der einzelnen Berufsorganisationen aber wohl den Zentralvorständen das Bestätigungsbrecht vorbehalten bleiben.

L. Gewerkschaftskartelle.

Der vierte internationale Kongress christlicher Textilarbeiter erkennt an, daß die Gewerkschaftskartelle, falls sie sich bestreuen, ihren Aufgaben gerecht zu werden, geeignet sind, die Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften wesentlich zu fördern und die christlichen Arbeiterinteressen verteidigen zu können.

Aufgaben der Gewerkschaftskartelle sind: 1. Der innere Ausbau der Bewegung an Orte: Erziehung der Mitglieder zu tüchtigen, überzeugungstreuen und geschulten Gewerkschaften durch Veranstaltung gemeinsamer Sitzungen...

2. Der äußere Ausbau der Bewegung: Erhaltung und Stärkung der bestehenden, sowie Gründung neuer Kartelle, Erhaltung einer planmäßigen, einheitlichen Agitation unter Mitwirkung der Gewerkschaftsbeamten...

3. Förderung der Volksbildungsbewegungen durch Veranstaltung von eigenen Volksbildungsabenden, oder Beteiligung an den kommunalen oder von sonstiger Seite angeregten Volksbildungsbewegungen.

4. Direkte Förderung der Arbeiterinteressen durch Unterstützung und Beratung von Rechtsschutz an die Mitglieder, Gründung von Habittgenossenschaften, Förderung der Arbeitsnachweise und des Herbergewerksens.

5. Durchführung der Arbeitererziehungsbewegungen durch Veranstaltung von Besichtigungen, statistischer Erhebungen, Fühlungnahme mit der Gewerkschaftsaktion.

6. Förderung der sozialen Kommunalpolitik durch Petitionen an die Gemeindevorstände und durch praktische Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse in Zeiten der Krise über den Umfang der Arbeitslosigkeit.

7. Größtmögliche Vorbereitung sozialer Maßnahmen. Die Auffassung und Einreichung von Forderungen, Proklamierung von Streiks, sowie alle tätigen Maßnahmen bei Lohnbewegungen bleiben den Zentralvorständen resp. den Bezirksvorständen überlassen.

Der Kongress ist ferner überzeugt von der Notwendigkeit und Bedeutung eines gut ausgestatteten Beamtensapparates. Um allen Anforderungen an diesem Gebiete nachzukommen, empfiehlt sich die Anstellung von Kartell- und eigenen Lokalbeamten.

Wollen größere Gewerkschaftskartelle ihren Aufgaben gerecht werden, so bedürfen sie einer eigenen Kraft. Nur einer solchen wird es möglich sein, die Interessen der Bewegung am Orte toll und ganz wahrzunehmen.

legt der Kongress den christlich organisierten Textilarbeitern aller Länder dringend an Herz, wo sich die Möglichkeit bietet, die Anstellung von Kartell- oder sonstigen gemeinsamen Beamten anzustreben und sich an der Anstellung zu beteiligen.

Freiheit indes für größere oder kleinere Kartelle die Freistellung von eigenen Lokalbeamten für die Textilarbeiter wünschenswert und durchführbar, so macht es der Kongress den Mitgliedern zur Pflicht, in erster Linie und mit voller Kraft für diese einzutreten.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung nahm der Kongress das Referat des Kollegen Schiffer über die Einigungsmethoden in der englischen Textilindustrie entgegen. Wenn auch, so bemerkte der Referent einleitend, die Frage der Einigungsverhandlungen in der Textilindustrie für Holland, Belgien und die Schweiz vorläufig noch Zukunftsmusik bedeute, so sei es doch wertvoll, einen Blick in das englische Einigungsweesen zu tun.

In der Textilindustrie mit ihren zahlreichen Branchen, ihren vielen hunderten von Abarten, ihren mannigfaltigen technischen Prozessen und den Qualitätsunterschieden der Rohprodukte, Stofffabrikate und Waren kann kein schablonenhaftes System als Lohnvertrag verwertet werden, wie z. B. im Baugewerbe. Höchstens könnte man gewisse Normen als Grundlange gelten lassen.

Die Lohnsituation in Textil und Wolle reichen sogar um fast 100 Jahre zurück. Im Jahre 1873 bestanden schon an acht der bedeutendsten Spinnereizentren Generallohnverträge, die für alle angeschlossenen Betriebe mit gleichartigen Produktionsverhältnissen in dem betr. Distrikt - also nicht nur für einen Betrieb - Gültigkeit hatten.

Die Lohnsituationen sind naturgemäß ungleich zahlreicher und trotzdem noch spezifischer. Die Unzahl der Warenqualitäten und -Gattungen, die Verschiedenheit in der Technik und endlich auch die Tradition verleiht diesen Zahlen jedoch man in vorigen Jahren durch Verschmelzung mancher Löhne, der sogenannten „Uniform-Löhne“ mit Erfolg eine Vereinfachung versucht.

Die vereinfachten Lohnsituationen bilden, wie schon angedeutet, einen erheblichen Bestandteil des ganzen, dem sozialen Friedensprinzip dienenden Wertes, und andererseits die Fundamente und zugleich die Richtlinien für alle Verhandlungen.

Soziale aber kein so günstiges Resultat erzielt werden, so geht die Sache an eine höhere Instanz, und zwar zunächst an ein örtliches Komitee, bestehend aus je vier Vertretern der organisierten Arbeitgeber und Arbeiter. Hier werden die beiderseitigen lokalen Vorbergründe bleiben; obwohl die meisten den Seidenfäden etwas anhaben, lassen sie doch die mühsam gewonnene weiße Faser ganz unberührt.

Während wir bei der Wolle behaupten konnten, daß alle Fortschritte in der für den jeweiligen Zweck genügenden Größe hergestellt werden können, sind wir bei der Baumwolle in der Wahl der Farben noch etwas beschränkt.

Man kann im allgemeinen sagen, daß es dem Färber gelingt, auf Baumwolle alle die Farben echt herzustellen, die wir in der lebendigen Natur bei den Pflanzen beobachten, die ihre Farbe über den Winter behalten. Rota, Rot und Schwarz, Gelb, Orange und Braun, dunkles Grün, Gelblich, Blau, Purpur und Violet können in durchaus befriedigender Echtheit gefärbt werden, auch Milchfarben wie Mauve, Rosa, Kadmorange, aber wenn wir ein leuchtend helles Himmelblau, Seegrün oder Kapuzengrün, ein gelbeschwarzes, Beilchenblau oder Scharlachrot auf Baumwolle haben wollen, so müssen wir zurzeit noch auf die Echtheit verzichten und die gemischten Farben lieber in Wolle oder Seide nehmen.

Auf tierischer Faser ist es dem Färber möglich, die Farben des Poppeles, des Farnes, des Paradiesvogels und der Schmetterlinge nachzumachen. Doch hängt mein Vergleich hier an zu hinken, denn diese tierischen Farben rühren meist nicht von wirklichen Farbstoffen her.

Bei der Seide liegen die Verhältnisse ganz ähnlich wie bei der Wolle; es ist nicht jähmer, echte Färbungen herzustellen, es ist aber noch viel leichter und billiger, die Farbe soje darauf zu malen und das Ergebnis in dieser Form dem dankbaren Publikum zu verkaufen.

Bei der Seide, die dem Gemüth nach eine sehr hohe Faser ist, hat sich ein Verfahren eingebürgert, das einen großen Hebelstand für das Publikum bedeutet: das Färbemittel. Aus einem Alkali-Nachweise werden durch Erhitzen der Faser mit allerlei Metallsalzen und anderen chemischen Beizen andertshalb, zwei, bis drei Färbefarbstoffe gemacht!

Bei der Wolle wird in dieser Färbung kein Färbemittel verwendet und daher werden über 90

Gelehrte mit beratender Stimme zugezogen. Erzielt auch dieses Komitee keine Verständigung, so kann die Sache weiter gehen an einen paritätischen Disputations-Ausschuß, der wiederum je vier Vertreter der beiderseitigen Organisationen umfasst und wobei die Generaldirektoren beider Verbände zugezogen werden.

In diesem gemeinsamen Ausschuss der Oberinstanz soll nur je ein Vertreter der streitenden örtlichen Organisationen sitzen, die übrigen Ausschussmitglieder müssen mit dem Streitfall nicht drückend verknüpft sein. Kein Streik und keine Aussperrung darf stattfinden, bevor nicht förmliche Instanzen angerufen und, ohne eine Verständigung zu erzielen, in Aktion getreten sind.

Die einzelnen Instanzen treten jedesmal innerhalb einer Frist von sieben Tagen zusammen, und so kann der ganze „Prozessweg“ höchstens 3-4 Wochen Zeit in Anspruch nehmen. Die Verhandlungen führen jedoch meistens in den unteren Instanzen zur Einigung, und der obere Disputationsausschuß tritt oft viele Monate hindurch nicht in Aktion. Streiks und Aussperrungen sind höchst selten, die Gewerksvereine geben dementsprechend für wirtschaftliche Kämpfe fast gar kein Geld aus.

Die Einigungsinstanzen nach dem Vorbilde Englands in der Textilindustrie anderer Länder möglich und erstrebenswert? Können besonders Lohnsituation, die als Grundlage bezw. Richtschnur dienen müssen, erreicht werden? Die meisten Unternehmer befreiten die Durchführbarkeit von Einheitslohnverträgen in der Textilindustrie, weil die Verhältnisse so sehr verschieden und kompliziert seien. Zugabe, daß die Aufgabe auf den ersten Blick unendlich schwierig erscheint und die Realisierung absolut vollkommener Systeme auch bei gutem Willen in einzelnen Fällen vielleicht unmöglich sein wird.

Als günstiger Umstand ist nun besonders die Tatsache zu begrüßen, daß in allen Textilindustriebezirken bzw. -Nähen engerverbundene Spezialbranchen sich eingebürgert haben, bei denen eine gewisse Einheitlichkeit der Verhältnisse die Normierung einheitlicher Lohnverträge wesentlich erleichtert: in Krefeld, M.-Glabach, Aachen, Mülhausen i. G., Thüringen, Sachsen, Elberfeld, Gera, Jülich, St. Gallen, einzelnen Distrikten Oesterreichs usw.

Einheitslohnverträge haben bestanden bezw. bestehen noch: für die Samtweber in Krefeld, die Wandweber im Elberfelder Bezirk, die Nachener Lohnvereine usw., zum Teil mit vielen hundert Positionen. Zahlreiche Einheitslohnverträge sind von unseren Berufsverbänden ausgearbeitet und den Unternehmern vorgelegt worden. In Aachen besteht ein kleiner Ausschuss zu einem Einigungsamt, betitelt: „Schiedsgericht bezw. Schlichtung von Streitigkeiten im Nachener Textilgewerbe.“

Die wichtigste Grundlage für gewerbliche Friedensämter bilden gut geleitete, möglichst alle Mitglieder des Gewerbes umfassende Organisationen auf beiden Seiten: sowohl der Unternehmer als der Arbeiter. Innerhalb dieser Organisationen muß der Geist der sozialen Gerechtigkeit, der Friedensliebe herrschen, ferner Disziplin. Den Vereinbarungen der einmal gewählten Mandatäre ist Folge zu leisten. Ohne tüchtige, fachtechnisch hervorragend gebildete Arbeiterführer würden die Einigungsmethoden nicht realisiert sein.

In den Ländern mit zentralisierten Industrieverbänden wären für die einzelnen Spezialbereiche in den verschiedenen Industriebezirken geeignete Kräfte heranzubilden. Auch die Warte, die Schwankungen der Konjunktur würde stets Gegenstand eingehenden Studiums der Führer sein müssen. Sie würden, ebenso wie die Unternehmer, davon durchdrungen sein, daß das Wohlergehen der Industrie Gegenstand gemeinsamer Sorge der Arbeitgeber und Arbeiter sein muß. Die Unternehmer müssen die Arbeiter bezw. deren Organisationen in

mit so viel Füllmaterial (wie Stärke, Tonerde, Del usw.) vollgeproft, daß das ursprüngliche Gewebe hinter diesen billigen Verdeckungen ganz verschwindet. Für Stoffe, die für den Gebrauch der Freiheit bedürfen (manche Futterstoffe usw.), ist eine solche Behandlung wohl am Platze, wenn sie nicht gewaschen werden sollen, nicht aber für Stoffe, die gewaschen werden, weil dann Appretur, Fülle, Glanz und alles in der ersten Wäsche auf immer verschwinden und nur ein dürftiges Gewebe übrig bleibt.

Regen in heißem Wasser, tüchtig reiben, trocknen und mit ursprünglichem Muster vergleichen, und man hat in ein paar Minuten die Gewißheit, ob man es mit guter Ware zu tun hat oder mit einer optischen Täuschung.

Die Baumwolle ist der Menge nach bei weitem die wichtigste Textilfaser, sie ist auch die billigste und wird deshalb, wo nur immer möglich, als Ersatz für die teureren eingeführt. Es gibt viele Stoffe, die beim ersten Anblick den Eindruck von Seide haben, bei näherer Betrachtung, und besonders wenn man Schuß von Seite trennt, findet man aber, daß nur ein sehr dünner Hauch von Seide auf der guten Seite des Stüdes ist, das im übrigen in der Hauptsache aus Baumwolle besteht. Über das Stück ist ganz aus Baumwolle, und es ist ihm nur ein mechanischer Glanz gegeben worden, der gewöhnlich schon mit kaltem Wasser zum größten Teil vergeht. Das Verbrennen eines Stüdens zeigt uns hier gleich, mit was für einem Faser wir es zu tun haben.

Die aufmerksame Leserin wird sich überzeugen haben, daß einige Kennzeichen der Eigenschaften der Textilwaren der springende Punkt in der ganzen Frage ist. Selbst wer nicht Zeit und Lust hat, die oben beschriebenen Proben selbst zu machen, wird doch bei Vererbung des Geistes in der Lage sein, in Zukunft sorgfältiger und selbstbewusster einzukaufen; die Hauptbedingung ist ja, daß man dem Verkäufer die Fragen vorlegt und von ihm die Garantien verlangt, die für die betreffende Ware und deren Gebrauch in erster Linie zu berücksichtigen sind.

Im Kampf für die Kolleginnen und die Frauen ihrer Mitglieder.

Die Frauen der Arbeiter sind in der Regel die Hauptstütze der Arbeiterbewegung. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnehmen. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage aufnehmen. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der politischen Rechte aufnehmen.

Die Frauen der Arbeiter sind in der Regel die Hauptstütze der Arbeiterbewegung. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnehmen. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage aufnehmen. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der politischen Rechte aufnehmen.

Die Frauen der Arbeiter sind in der Regel die Hauptstütze der Arbeiterbewegung. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnehmen. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage aufnehmen. Sie sind die ersten, die den Kampf um die Verbesserung der politischen Rechte aufnehmen.

Warme geteilt. Die Wäscheprobe läßt sich beliebig oft wiederholen, und man kann auf diese Weise rasch sehen, wie eine Ware etwa nach zehnmaliger Wäsche ansehnlich wird.

Schwerfheit. Hier ist die Probe am Leide die beste, aber da dies eine unangenehme Arbeit ist, empfiehlt ich, eine Probe des Wassers mit wenig hochendem Wasser zu übergießen und erkalten zu lassen. Wenn sich das Wasser nicht oder nur ganz langsam färbt, kann man im allgemeinen sicher sein, daß der Stoff echt ist.

Die Vögelbarkeit wird geprüft, indem man ein feines Baumwollgewebe auf den Stoff legt und dann einen Teil des Wassers mit einem recht heißen Fingerring bestreift. Bis das Wasser nicht mehr dampft, kann man leicht den geschädigten Teil mit dem Finger abspülen, nachdem das Wasser erkalte ist, so kann man sehen, ob Glanz verschwindet, Glanz verschwindet, oder ob die Farbe sich dauernd vermindert.

Die Beständigkeit des Färbens bei natürlichen und künstlichen Licht ist ein wichtiger Gesichtspunkt und wird durch eine sorgfältige Untersuchung hervorgehoben, oder durch eine sorgfältige Untersuchung hervorgehoben, oder durch eine sorgfältige Untersuchung hervorgehoben.

Unterzeichnung der Faser. Die Schmelzprobe für Baumwolle und Seiden wird beschrieben, wie die für Wolle angegeben, und wird man in der Wäsche bis zum Kochen gehen und wohl auch dem Seidenbad etwas Soda zusetzen.

Die folgende Probe ist immer die Wäscheprobe, bei der man die ganz echten Fäden rasch zu

den Wirtschaftsfragen rücksichtslos als gleichberechtigten und gleich interessierten Faktor anerkennen. Die organisatorische Einrichtung der Einigungsinstitutionen könnte sich dem englischen Vorbild im großen und ganzen anlehnen. Besonders wichtig ist die Befähigung einer bestimmten Maximalfrist für die Tätigkeit der einzelnen Instanzen, da sonst die Gefahr einer Verschleppung der Streitfälle auftritt und damit die Existenz der Institution überhaupt in Frage gestellt wird. Besonders erforderlich sind gesetzliche Bestimmungen über das Lohnsystem und die Berechnung des Arbeitslohnes in der Textilindustrie. Damit eng verbunden ist die Lösung von Unternehmern und Arbeitern erstrebte einheitliche internationale metrische Normierung.

Die Diskussion zeigte das Einverständnis des Kongresses mit den Ausführungen des Referenten. Der im Jahre 1901 auf der Düsseldorf Konferenz abgeschlossene Kartellvertrag wurde erneuert und hat in seiner entsprechend veränderten Fassung nunmehr folgenden Wortlaut:

Zwischen dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Belgiens, dem niederländischen christlichen Textilarbeiterverband „Unifas“, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Österreichs, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Frankreichs und dem christlichen Textilarbeiterverband der Schweiz wurde folgender Vertrag vereinbart:

1. Die Mitglieder vorgenannter Organisationen werden gegenseitig ohne Eintrittsgeld aufgenommen, wenn sie in dem Verband, dem sie bisher angehört, ihre Pflichten erfüllt und sich vorwärtsmäßig abgemeldet haben.

2. Die so übergetretenen Mitglieder erwerben ohne weiteres die gleichen Rechte, welche den anderen Mitgliedern des Verbandes bei gleicher Dauer der Mitgliedschaft zuerkannt sind, wenn der Uebertritt innerhalb der ersten vier Wochen ihres Aufenthaltes im Lande erfolgt.

3. Die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder richtet sich nach den Statuten der angeschlossenen Verbände. Als Grundlage für den Bezug gilt jedoch, daß jedes Mitglied bei Streik u. Unterstützung mindestens sechs Monate, bei allen anderen Unterstützungsmöglichkeiten (Krankheit, Sterbegeld usw.) mindestens ein Jahr ununterbrochen in einer christlichen Gewerkschaft organisiert gewesen sein muß.

4. Bei Ausständen und Ausperrungen tritt dann eine gegenseitige Unterstützung der Verbände ein, wenn die Situation derartig schwierig ist, daß die betreffende Organisation den erforderlichen Kampf nicht allein durchzuführen vermag. Für neubeitretende Verbände wird eine zweijährige Karenzzeit festgelegt.

5. Derjenige Verband, welcher die Unterstützung der anderen Organisationen bzw. eine Beihilfe aus der internationalen Unterstützungskasse beantragt, ist gehalten, denselben möglichst frühzeitig über Ursachen und Ausdehnung des Ausstandes Bericht zu erstatten. Bei plötzlichen Streiks und Ausperrungen ist nachzuweisen, daß der vorzeitige Ausbruch nicht durch Außerachtlassung grundsätzlicher oder taktischer Rücksichten veranlaßt ist. Bei allen Differenzen sind den Arbeitsgebern die Mitglieder sich nach den Verbandsstatuten und den Anordnungen der Organisationsleitung zu widmen, widrigenfalls die Unterstützung verweigert werden kann. Die internationale Kommission (bestehend aus zwei Deutschen, einem Belgier, einem Holländer, einem Österreicher und einem Schweizer) hat die Aufgabe, bei Anträgen auf Unterstützung die Sachlage zu prüfen und über die Unterstützungsfrage zu entscheiden. Die Kommission hat das Recht, sachmännische bzw. mit den Verhältnissen vertraute Berater zuzuziehen.

6. Die im Jahre 1901 errichtete internationale Unterstützungskasse bleibt bestehen. Die Beiträge zu derselben betragen für die angeschlossenen Organisationen pro Jahr und Mitglied 10 Bfr.

7. Die Kosten für das 1901 ins Leben gerufene internationale Sekretariat werden aus der internationalen Unterstützungskasse bestritten. (Als internationaler Sekretär wurde Herr Fuisling-Eischebe auf weitere zwei Jahre gewählt.)

8. Alle beteiligten Organisationen verpflichten sich, durch Vermittlung des Sekretärs zur regelmäßigen Berichterstattung über wichtige Vorkommnisse, um die internationalen Beziehungen zu fördern und dadurch eine bessere Basis dieses Vertrages vorzubereiten.

Die bisherigen Mitglieder der internationalen Kommission wurden wiedergewählt. Neugewählt wurde Kollege Karl Kern-St. Gallen.

Die Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Kongress wurde der internationalen Kommission übertragen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Schiffer, worin er den Schweizer Kollegen für ihre Gastfreundschaft noch besonderen Dank aussprach, fand der Kongress mit einem Hoch auf die internationale christliche Gewerkschaftsbewegung ihren Abschluß.

Die Industriearbeiterin im Jahre 1906.

Ein knappes Bild von der Lage der Industriearbeiterin für einen Jahresabschnitt gestattet die jeweiligen Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Das Jahr 1906 hatte nun, wie die Berichte der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten erkennen lassen, infolge seiner glänzenden Beschäftigung der Industrie eine starke Vermehrung der Zahl der weiblichen Arbeitskräfte zur Folge. Und zwar zeigte sich das Bedürfnis der Industrie nach denselben in einem solchen Maße, daß aus den verschiedensten Gegenden und Industriezweigen über einen empfindlichen Arbeitermangel geklagt wurde. Um ihm zu begegnen, suchte man die Arbeiterinnen durch Einführung von Maschinen entbehrlich zu machen, wie z. B. die Gewerbeaufsichtsbeamten für Koblenz und Köln berichten; im Bezirk Wachen verjuchte man, Arbeiterinnen aus den östlichen Provinzen heranzuziehen, allerdings mit unglücklichem Erfolg. Gerade dieser Zug nach dem Westen trug hier wieder zu einer Steigerung des Arbeiterinnenmangels bei, so in der Siegnitzer Textilindustrie. Dabei scheint es, wie der Beamte für den Bezirk Gumbinnen aus dem Umfange, daß die Vermehrung der Arbeiterinnenzahl im dortigen Bezirk hauptsächlich auf das Alter von mehr als 21 Jahren (12%) fällt, während die jüngeren Arbeiterinnen zwischen 16 und 21 Jahren sich nur etwas mehr als halb so stark (7%) vermehrten, schließt hauptsächlich das jüngere Alter zu sein, in welchem die härteste Arbeiterinnenwanderung nach dem Westen stattfindet.

Sieht man von den auf Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanstalten beschäftigten Arbeiterinnen ab, so gab es in Preußen im Jahre 1906 538310 Arbeiterinnen über 16 Jahre. Nur von diesen wird in folgendem auch die Rede sein. Vergleicht man mit dieser Zahl diejenige für das Jahr 1905 mit 509962 Arbeiterinnen, so ergibt sich eine Vermehrung um 28348 Köpfe, während diese für das Jahr 1905 gegen 1904 erst 22234 betrug. Auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen sich die Arbeiterinnen folgendermaßen: Sachsa 19314, Arnberg 13482, Berlin 98239, Breslau 40917, Bromberg 2760, Rassel 10999, Koblenz 3983, Köln 16163, Pommern 6758, Düsseldorf 66142, Erfurt 14563, Frankfurt a. O. 29170, Gumbinnen 2405, Hannover-Danabrad-Aurich 15089, Hildesheim 4928,

Königsberg-Allenstein 5096, Siegnitz 29952, Simeburg-Stade 7621, Magdeburg 14646, Marienwerder 2866, Merseburg 11770, Minden 13711, Münster 11090, Opperl 22844, Bonnener 9199, Posen 6670, Potsdam 28525, Schleswig 11963, Sigmaringen 1181, Trier 4244, Wiesbaden 11966.

Vergleicht man die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter mit der der weiblichen, so steht an ungünstigsten da Berlin, wo 194973 Arbeiterinnen 98239 Arbeiterinnen gegenüberstehen; die Zahl der letzteren ist also etwa halb so groß wie die Zahl der ersteren. Weitaus ungünstig liegen die Verhältnisse in den schlesischen Bezirken, wo die Frauennarbeit von jeher eine große Rolle gespielt hat. Im Bezirk Breslau macht die Zahl der Arbeiterinnen (40917) fast die Hälfte der Zahl der erwachsenen Arbeiter (88755) aus; auch in den anderen Bezirken Schlesien, Opperl und Siegnitz, ist die Frauenschäftigung im Verhältnis zur Zahl der Männer stark vertreten. Ungleich günstiger ist das Verhältnis in den westlichen Industriezentren der Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnberg. Ersterer mit 336608 erwachsenen männlichen Arbeitern zählt 66142 weibliche Arbeiter, am günstigsten wohl ist es im Bezirk Arnberg bestellt mit 185101 erwachsenen männlichen Arbeitern und nur 13482 Arbeiterinnen. Hier macht das Vorherrschende der schweren Industrie die Arbeiterinnenbeschäftigung unmöglich, andererseits auch wieder infolge der hier gezahlten höheren Löhne weniger nötig. Das Bild verändert sich sofort wieder in den dem Bezirk Arnberg benachbarten Regierungsbezirken Münster und Minden mit starker Textil- bzw. Zigarren- und Tabakindustrie. Hier entfallen wieder auf 36820 männliche erwachsene Arbeiter 11090 Arbeiterinnen, doch auf 42064 13711.

Besonders Interesse erwecken die Feststellungen über die Arbeitszeit. Im allgemeinen kann man da sagen, daß in der Praxis der Belegschaften auch für die Arbeiterinnen die Regel geworden ist. Teilweise geht die Arbeitszeit auch wesentlich darunter hinaus bis auf acht Stunden, so namentlich im Buchdruckgewerbe, in der Tabak- und Zigarren- sowie der chemischen Industrie. Eine längere Arbeitszeit wie 10 Stunden ist — abgesehen von einem Teil der Betriebe der Textilindustrie — noch gebräuchlich auf Bergwerken vor allem, sodann noch in Betrieben der Zucker- und Konervenindustrie.

Ausführliche Mitteilungen über die Entwicklung der Beschäftigungsdauer seit dem Jahre 1902 bringen die Beamten für die Bezirke Berlin und Düsseldorf. Ersterer stellt in einer besonderen Tabelle die Veränderungen in der täglichen Arbeitszeit seit dem 1. Oktober 1902 fest, die einen beträchtlichen Rückgang der zehn- und elfstündigen Arbeitszeiten ergeben. Diese Arbeitszeiten sind in bemerkenswerterem Umfang nur noch in der Textilindustrie, in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, sowie in Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe vorhanden, während in den übrigen Gewerbebezirken die 8- bis 9- und 10-stündige Arbeitsdauer bei weitem überwiegt und in verhältnismäßig zahlreichen Betrieben schon der 8-Stundentag vorherrscht. Eine 11-stündige Arbeitszeit ist heute nur noch in 2,5 Prozent aller Betriebe vorhanden, während das 1902 noch in 6% derselben der Fall war. Eine mehr als 10-stündige Arbeitszeit ist im Berliner Bezirk in größerem Umfang nur noch in der Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie anzutreffen und zwar insgesamt nur noch in 11,5% aller Betriebe. Jedoch haben in letzteren namentlich die großen Betriebe in den letzten Jahren die Arbeitszeit auf neun Stunden verkürzt. Alle diese Verkürzungen der täglichen Arbeitszeit erscheinen uns so bemerkenswerter, wenn man erwägt, daß sie sich vollzogen haben in Jahren der Hochkonjunktur, als welche die Jahre 1905/06 anzusehen sind, während das Jahr 1902, in welchem die letzte Feststellung stattfand, einen ungewöhnlich schlechten Geschäftsgang aufzuweisen hatte. Auch der Düsseldorf-Bericht kommt auf Grund katastrophaler Vergleiche zwischen den Jahren 1906 und 1902 zu dem Resultate, daß mit Ausnahme der Textilindustrie der 10-stündige Arbeitstag für die Arbeiterinnen die Regel ist, und eine länger als 10-stündige Arbeitszeit nur noch als Ausnahme vorkommt.

Aber auch in der Textilindustrie hat in den letzten Jahren der Belegschaften Fortschritte gemacht, und zwar erhebliche. Der Düsseldorf-Beamte macht darüber für seinen Bezirk, der bekanntlich eine große Textilindustrie aufweist, folgende Angaben: der Prozentsatz der Betriebe mit 10-stündiger Arbeitszeit ist in der Textilindustrie in den Jahren 1902/06 von 52,6 auf 72 und derjenige der ebenso lange beschäftigten Arbeiterinnen von 43,1 auf 61,3 gestiegen; 10 1/2 Stunden und weniger wird gewöhnlich in 89,7% aller Anlagen der Textilindustrie und von 76,8% aller in dieser tätigen Arbeiterinnen gearbeitet. Eine längere als 10 1/2-stündige Arbeitszeit haben in der Textilindustrie, abgesehen von Spinnereien, nur noch 8,4% der Arbeiterinnen und 7,2% sämtlicher Betriebe. Aber auch in den Spinnereien ist der grundsätzliche Widerstand gegen eine Herabsetzung der gesetzlich zulässigen Arbeitsdauer im Zurückweichen begriffen. Der Düsseldorf-Bericht stellt fest, daß hier 49,6%, also fast die Hälfte sämtlicher Spinnereien mit 26,7% der Arbeiterinnen freiwillig eine Arbeitszeit von nicht mehr als 10 Stunden einhalten und insgesamt 60,6% dieser Betriebe mit 34,9% aller Arbeiterinnen sich auf eine Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden und darunter beschränken. Auch der Beamte des eine anscheinliche Textilindustrie aufweisenden Münsterschen Bezirks berichtet von Arbeitszeitreduktionen von 1/2 und eine Stunde in Baumwollspinnereien und stellt dabei fest, daß im letzteren Falle die Tagesproduktion nicht um 10 und mehr Prozent zurückging, wie man zunächst annahm, sondern nur um 7 und 6%, wobei man hofft, daß sich diese Zahl in nächster Zeit noch mehr vermindern werde. Auch sonst wird von den verschiedensten Seiten mitgeteilt, daß die Arbeitszeiterhöhung eine Verminderung der Arbeitsleistung nicht zur Folge hatte und daß, besonders wenn eine Erhöhung der Stücklöhne mit ersterer verbunden war, auch die Arbeiterinnen keinen Lohnausfall zu verzeichnen hatten. Wenn nach dem Bericht für Rassel Arbeitgeber als Argument gegen eine Arbeitszeiterhöhung anführen, daß sie mit ihren wirtschaftlichen Einrichtungen bei verkürzter Arbeitszeit nicht konkurrenzfähig bleiben könnten, so ist das, wenn man die Angelegenheit vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, kein Grund, um von ersterer allgemein abzusehen, wo durch Einführung moderner Maschinen dem Uebel abgeholfen werden kann. Anzeigend dieser Feststellungen kann mit dem Beamten für Münster nur betont werden, daß die allgemeine Einschränkung des Belegschaften- arbeitstages für erwachsene Arbeiter-

innen in jedem Falle für zweckmäßig, für dringend erwünscht und auch für durchführbar gehalten wird. Sie würde neben einer Wohlthat für die noch nicht so Beschäftigten auch einen Akt der Gerechtigkeit wohlwollenden Unternehmern gegenüber bedeuten, die ja unzweifelhaft etwas ungünstiger produzieren, als solche Konkurrenten, welche 11 Stunden arbeiten lassen.

Wie sehr sich die sogenannte englische Arbeitszeit mit einer nur halbstündigen Mittagspause und einem Betriebsstillstand um 5 oder 5 1/2 Uhr schon einbürgert, ergibt eine Zusammenstellung für den Landeshauptbezirk Berlin. Da zu der Verkürzung der Mittagspause als Ausnahme besondere Genehmigung notwendig ist, so läßt sich die Zahl der mit englischer Arbeitszeit leicht feststellen. Es wurden bewilligt solche Ausnahmen im Jahre 1902 69, 1903 130, 1904 159, 1905 182, 1906 267, so daß zusammen in 804 Betrieben „englisch“ gearbeitet wurde. In manchen Gewerbebezirken ist sie nahezu vollständig eingeführt, die meisten Fälle weist in der Zusammenfassung das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe auf. Speziell am Samstag gewinnt die englische Arbeitszeit immer mehr an Boden. Ausdrücklich vertritt sich der Düsseldorf-Beamte über diese in der Wuppertaler Textilindustrie namentlich eingeführte Arbeitszeitregelung. So ganz ohne Schwierigkeiten ging die Einführung nicht ab, jedoch gewinnt sie immer mehr an Umfang.

Was die Verhältnisse gegen die Schutzgesetzgebung und Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen angeht, so hat deren Zahl von 4044 im Jahre 1905 auf 3833 im Jahre 1906, also um 61 abgenommen. Auch die Anzahl der wegen dieser bestraften Personen ist von 657 auf 628, also um 29 gefallen. Die meisten Verurteilungen betreffen die Bestimmungen über die Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen und über die Beschäftigung der Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion.

Auffallend ist es, daß trotz der teilweise übermäßigen Beschäftigung der Industrie die Ueberarbeitsbewilligungen für Wochentage außer Sonnabend stark zurückgegangen sind. Und zwar fiel die Zahl der Betriebe, für welche Ueberarbeit bewilligt wurde, von 589 im Jahre 1905 im Jahre 1906 auf 572, die Zahl der Arbeiterinnen, für welche Ueberarbeit gestattet war, von 55951 auf 36854, die Zahl der Ueberarbeitsstunden von 693953 1/2 auf 577436 1/2, demnach um 116516 1/2 Stunden. Zurückgegangen wurden 72 Anträge gegen 61, also gegen das Vorjahr mehr 11. Ueber die Ursachen des Rückganges sind die Beamten verschiedener Meinung. Während der Beamte für Münster die Ansicht vertritt, daß der Rückgang in erster Linie der eingehenden Prüfung zuzuschreiben ist, die seit langem in jedem Falle bei Erörterung der Ueberarbeitsfrage durch die Beamten ausgeführt wird, glaubt der Beamte für den Bezirk Koblenz, daß die eingetretene Verminderung der Ueberarbeit dadurch herbeigeführt worden sei, daß überall Arbeitsmangel herrschte und die Arbeiterinnen im Gewisse ihrer Unentbehrlichkeit wenig Neigung zu Ueberstunden zeigten. Ein Saisonbetrieb im Bezirk Lüneburg-Stade, der sonst jedes Jahr Ueberstunden beantragen mußte, konnte jetzt seinen Betrieb ohne Ueberstunden durchführen, weil er unter mäßiger Vermehrung der Zahl seiner Arbeiterinnen die früher elfstündige Arbeitszeit auf zehn Stunden verkürzt hatte und in der Saison die Arbeiterinnen einige Wochen elf Stunden arbeiten ließ.

Die Mitteilungen über neue, zugunsten der Arbeiterinnen getroffene Wohlfahrtsmaßnahmen sind spärlich; sie beziehen sich u. a. im wesentlichen auf die Fürsorge für die hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen, ein Zeichen, wie sehr eine solche allenthalben als notwendig empfunden wird. Alles in allem erscheint das Bild, welches die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten von der Lage der Arbeiterin im Jahre 1906 entwerfen, nicht als unglücklich. Allerdings ist es lückenhaft, und zur vervollständigung wird man immer auf die früheren Berichte der Beamten mit ihren Spezialuntersuchungen zurückgreifen müssen.

Schriftliche Gewerkschaften und Handwerksgelehen.

Dieses in seiner Wichtigkeit meist unterschätzte Kapitel dürfte nicht nur eine sachliche Diskussion, sondern auch allerorts eine ernste Würdigung beanspruchen, und zwar schon deshalb, weil für einen großen Prozentsatz der Arbeiterklasse das Handwerk die erste Etappe im Erwerbaleben bildet; somit ist das Kapitel zum Teil auch Nachwuchsfrage für unsere Organisationen.

Zunächst ein paar Gedanken über das vielumstrittene Ständebewußtsein. Neben den verschiednen Ueberbleibseln längst vergangener Tage haben sich unsere hiederen alten Handwerksmeister vielfach ein gelundes Ständebewußtsein (Stolz auf ihr Handwerk) bewahrt. Aber wie steht's bei ihren Kindern, — den Kindern der modernen Zeit —, haben sie das Erbe angetreten und hochgehalten? Zweifel nicht! Der Sohn muß es wenigstens zum „Kaufmann“ bringen, heißt auf die Gefahr hin, als Schreiber pro Monat nur 30—40 M. „Gehalt“ zu haben. Der Zukünftige der Tochter muß wenigstens auch zu den „Besseren“ gehören. Ja, in weiten Kreisen hat jedwede Handarbeit den ihr eigenen Wert verloren; professionmäßige Tagediebe werden oft besser respektiert als der Handwerker, der Arbeiter. An Stelle von Ständebewußtsein tritt nun so oft der Dünkel, für Bildung — Einbildung.

Ständebewußtsein läßt sich eben so wenig züchten wie nationale und reichstreue Gefühle. Wurzeln die letzteren zum guten Teil in gerechter, sozialer Ordnung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, so ist auch hier gesunder Boden notwendig. Aber wo bleibt die Ständebühne bei Verfallstufen, wie sie in oben genanntem Artikel schon angeführt? Worauf soll der Geselle stolz sein, der sieht, daß ungelernete Arbeiter besser sitzen und er noch nicht mal ein verrostetes Ahnenbild aufzuweisen hat? Also erst menschen- und standeswürdige Verhältnisse schaffen, sonst bleibt alles übrige eitel Schall.

Nebenbei sei noch erwähnt, daß eine Ständegrenze zwischen Handwerksgelehen und Industriearbeiter unmöglich nach alter Schablone gezogen werden kann. Einmal findet zwischen Handwerk und Industrie ein fortgesetzter Austausch der Arbeitskräfte statt (von wenigen Berufsarten abgesehen), denn der Geselle will auch in industriellen Betrieb sehen und lernen, also hier unermessliche Mischung; zum anderen steigen, auch aus der Industriearbeiter-

neue Schichten in den Mittelstand empor. Außerdem ist der Prozentsatz derer immer noch im Schwimmen, die den Wechsel auf künftige eigene Existenz in der Tasche haben.

Vielfach wurzelt die gegnerische Stellung der Meister in der Furcht vor jenen Strömungen, die in jedem Arbeiter den geborenen Feind sehen. Hier tut prinzipielle Klärung not. In unseren Organisationen wird dieser Geist nicht gezüchtet. Sein Nährboden ist Scharfmachertum und Sozialismus.

Dann glauben viele Meister, das patriarchalische System hochhalten zu können, ein Teil dieses Systems lieh man unbemerkt links liegen, nämlich die väterliche Fürsorge; einen anderen Teil hält man um desto zäher fest, nämlich das Diktieren der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Man stützt sich darauf, daß eine große Anzahl Gesellen entsprechend ihrem jugendlichen Alter noch nicht befähigt seien, Tragweite und Erfüllungsmöglichkeit irgendwelcher Forderungen zu ermessen. Dabei wird bei der oberflächlichen Betrachtung übersehen, daß weder einzelne Mitglieder noch eine Zahlstelle allein kompetent sind, in Lohnbewegungen einzutreten, ohne die Entscheidung der Zentrale zu erhalten. Jedenfalls kann das Handwerk am wenigsten dadurch gerettet werden, indem man dem Nachwuchs die Berufsfreude durch miserable Existenzbedingungen bereift. Und wer schützt den jungen Gesellen vor Ausbeutung? zur Hauptfrage die Organisation! Im Zeitalter des freien Spiels der Kräfte hat sich die väterländische Fürsorge zur Hauptfrage auf den eigenen Geldsack konzentriert, was der Zeitgeist nicht vermochte, hat die Konkurrenz getan.

Es kann wohl ruhig behauptet werden, daß heute nicht nur der größere Teil, sondern auch der intelligentere Teil der Gesellen zumeist organisiert ist, während viele im Dünkel und Egoismus beharrnd abseits stehen. Das sind dann die gleichen Elemente, denen später als Meister jedes Solidaritätsgefühl abgeht. Submissionsblüten geben oft genug Zeugnis wie organisatorischer Mangel die Selbsterziehung eines Standes betreibt. Deshalb hat allein darin die Organisation eine Kulturmission, wenn neben beruflicher Ausbildung der Begriff Organisation den Gesellen in Fleisch und Blut übergeht.

Zu alledem kommt noch die geistige Strömung unserer Zeit. Von der großen Heerstraße hören wir den dröhnenden Schritt der Arbeiter-Regimenter. Die gewerkschaftlichen Armeen Deutschlands werden jährlich um Tausende von Streitern vermehrt. (Siehe Gewerkschaftsberichte 1906.) Nicht darauf kommt es an, ob diese oder jene marschieren sollen oder wollen, sondern wo sie künftig marschieren.

Und all die Laufende, die zur Strömung kommen, haben sie vorher schwimmen gelernt? Gerade bei den Gesellen fehlen oft Schwimmkurse, soziale Schulung, soziale Literatur, ja die letztere sucht man auf manchen Bäckereien vergebens. Häufig begnügt man sich mit dem „Sympathisieren“.

Indes wollen wir als Pioniere auf dem Plan sein, wir wollen rüftig weiter bauen, um auf dem Fundamente sozialer Gleichberechtigung die Brücke korporativer Arbeitsverträge zu schlagen, hinüber über die Sturmvellen der Interessengegenstände und haltloser Vorurteile. Freunde! Dafür wollen wir kämpfen.

Etwas über die Seidenzucht.

Die Seidenraupe oder der Seidenwurm ist die Raupe eines ursprünglich nur in China einheimischen Nachtschmetterlings, des Seidenpinner oder Maulbeerpinner. Die im Frühjahr austretenden Raupen fressen hauptsächlich Maulbeersblätter, wachsen sehr schnell, häuten sich viermal während ihres sechs bis sieben Wochen dauernden Lebens und spinnen sich dann ein. Sie besitzen an der Unterlippe ein Spinnorgan und hapeln durch eigentümliche Bewegungen den nur 0,04 mm. im Durchmesser haltenden, aber elastischen und zähen, bisweilen an 1000 m. langen Faden hervor. Aus dem Faden bildet die Raupe eine dicke, eiförmige, zuweilen auch mehr walzenförmige Hülle, Cocon genannt.

Nachdem die Puppen in den Cocoon mittels heißen Wassers oder Dampfes getötet sind, wird das Sortieren der letzteren für die nachfolgende Verarbeitung vorgenommen.

Die festesten, seidenreichsten der zum Abspinnen tauglichen Cocoon liefern die beste Seide, welche meistens als Kettseide Verwendung findet.

Die Geschichte der Seidenindustrie reicht bis in die frühesten Zeiten der Kulturentwicklung im Orient zurück. Schon um 2000 v. Chr. war die Seidenindustrie den Chinesen bekannt und verbreitete sich einerseits nach Japan, andererseits nach Innerasien. Die Ausfuhr der für China so wichtigen Seidenraupe war vom chinesischen Gesetz mit dem Tode bedroht.

Im Jahre 533 sollen zwei Mönche die ersten Eier dieser Raupe in hohen Stöcken nach Konstantinopel gebracht haben, worauf sich die Seidenzucht von Griechenland aus weiter nach Spanien, Portugal, Italien und in jüngerer Zeit auch weiter nordwärts verbreitete. Jetzt sind außer China und Japan die hauptsächlichsten Produktionsländer die Umgebungen des Mittelmeeres; nördlich der Alpen wird nur wenig produziert.

Interessante Einzelheiten über die Zucht der Seidenraupe und die Gewinnung der Seide teilt, wie der „Handwerker“ berichtet, der Herr Sachschul-direktor a. D., Herr Hedrich-Barmen, in einem in Konstanz gehaltenen Vortrage mit, aus dem wir das Folgende entnehmen:

Das Weibchen des Seidenpinner legt etwa 4—500 Eier, welche bis zum Frühjahr unter 6 Grad Celsius aufbewahrt werden müssen, um das Ausschöpfen zu verhindern. Im Frühjahr, zur Zeit, wo die Maulbeerbäume Blätter treiben, werden die Eier in den Brutkammern ausgebrütet. Die Fütterung der Raupen erfolgt in Zwischenräumen von 4—5 Stunden. Nach der vierten Häutung werden die Raupen mit ganzen Blättern gefüttert. Bei regelmäßiger Fütterung und Temperatur gelangen die Raupen in 32—34 Tagen zur Spinnreife. Die spinnreifen Raupen erkennt man an der wachstörtigen Durchsichtigkeit, sowie an dem Absehen gegen das Fäulen. Die Raupe spinnt ihren Cocon in 4—5 Tagen, worauf sie in den nächsten 4 Tagen die Haut abstreift und zur Puppe wird. Das Ganze vollzieht sich somit in etwa 40 Tagen. Als eine gute Zucht bezeichnet man es schon, wenn sich 60 Prozent der ausgefütten Raupen einspinnen. Bisher hatte Leute getroffen, die in einem Monat 140 Kronen mit Seidenzucht verdient haben, obwohl nur die Frau diese Zucht als Nebenbeschäftigung betrieben

hat. Die Rogheide wird durch Abwirdeln der Coccons gewonnen und wird mit dem Namen Eräge bezeichnet. Die Fadenzahl eines Coccons beträgt 1000 bis 1200 Meter. Um das Ausschließen des Schmetterlings zu verhüten, müssen die Puppen abgetötet werden. Dies geschieht durch heißen Dampf und die notwendige Trocknung durch heiße Luft. Nach einem ganz neuen Verfahren werden die Puppen nur durch heiße Luft getötet, und es wird mit heißer Luft getrocknet. Nach diesem neuen Verfahren bedarf es keiner Nachtrocknung mehr. Zu Beginn der 50er und 70er Jahre trat unter den Raupen eine Krankheit auf, welche die Seidenzucht auf 1/3 verminderte. Der hierdurch zugefügte Schaden ist auf Milliarden geschätzt worden. Der französische Gelehrte Pasteur stellte dann zur Bekämpfung dieser Krankheit eine Methode auf, die darin besteht, daß man mit Hilfe des Mikroskops aus den gesunden Raupen die vollkommensten Coccons auswählt. Aus diesen werden wieder die vollkommensten Schmetterlinge ausgezogen und diese in besonderen Räumen zum Zwecke der Fortpflanzung aufgeföhrt, während man diese bei den ungehindert durch Abtötung verhindert. Welchen Erfolg dieses Schutzmittel gehabt hat, läßt sich am besten beurteilen, wenn man die bedeutende Entdeckung der Seidenzucht im Königreich Ungarn betrachtet. Im vorigen Jahre z. B. hat die Ernte 165 500 Kilogramm Seide ergeben. Ungarn hat ein ganzes Heer von Beamten angestellt, das die Fuchten zu überwachen hat. Ferner werden dort 160 große Baumschulen für Maulbeerbäume unterhalten. Außerdem ist jedes Dorf noch zur Unterhaltung einer Baumchule verpflichtet.

Aus unserer Industrie.

Die vereinigten Seidenfärber und die Erschwerung der Seide.

Die Geschäftsstelle des „Verbandes der Seidenfärberereien“ (Gustav Holthausen, Krefeld) hat unterm 1. August folgendes Rundschreiben an die Fabrikanten gefandt:

Basel, Krefeld, Wien, Zürich, den 1. Aug. 1907.

Die Frage, inwieweit die Färberei für die Folgen der Erschwerung der Seide verantwortlich zu machen sei, beschäftigt seit langer Zeit die beteiligten Kreise. Sie war auch Gegenstand einer Besprechung, die zwischen deutschen und schweizer Vertretern der Seidenfabrikation (letzte für ihre deutschen Filialen) einerseits und der deutschen, schweizer und französischen Färbereien andererseits in Frankfurt a. M. am 10. Mai 1907 abgehalten wurde. Die Färber haben bei dieser Gelegenheit unter Bezugnahme auf verschiedene Veröffentlichungen, insbesondere auf das Rundschreiben des Verbandes der färbereischen Seidenfärbereien vom 31. Mai 1905 ihren Standpunkt dahin gekennzeichnet, daß, solange die Technik noch keine untrüglich praktisch bewährten Mittel hat, um mit Sicherheit den Gefahren auszuweichen, die auch bei der sorgfältigsten Ausführung der Mineral-Charge bezüglich der Haltbarkeit der Stoffe entstehen, sie nicht einseitig für die Schäden haftbar gemacht werden können. Bei dieser Stellungnahme müssen die Färber endgültig verbleiben. Ihre Verantwortlichkeit ist, in ansehung der vielen Gefahren, die den erschwereten Seiden nach dem Färben drohen, kann daher nicht weiter ausgebeutet werden, als sie, was Umfang und Dauer anbetrifft, gesetzlich festgelegt worden ist. Die gesetzliche Verjährungsfrist für Ansprüche wegen Mängel der abgelieferten Seide wird jedoch gegen diejenigen Färber auf ein Jahr verlängert, deren Färbereien sich in Ländern befinden, in denen die gesetzliche Frist, wie z. B. in Deutschland, weniger als ein Jahr beträgt. Aber auch innerhalb dieser gesetzlichen bezw. auf ein Jahr verlängerten Verjährungsfrist können die Färber nicht verantwortlich gemacht werden für Mängel, die der Erschwerung der Seide, zumal bei höheren Chargen, naturgemäß anhaften. Die unterzeichneten Firmen haben sich daher bei Vermeidung hoher Vertragsstrafen dahin geeinigt, von heute an Farbaufträge nur unter der Bedingung auszuführen:

1. daß für Ansprüche gegen den Färber wegen Mängel der abgelieferten Seide lediglich die gesetzliche beziehentlich (siehe oben) auf ein Jahr verlängerte Verjährungsfrist maßgebend ist; die für offene und verborgene Fehler (vices cachés) gesetzlich vorgeschriebene Pflicht zur zeitweiligen Mängel wird hieron nicht berührt.
2. daß der Färber auch innerhalb der Verjährungsfrist nicht verantwortlich wird für Mängel, die der Erschwerung der Seide, zumal bei hohen Chargen, naturgemäß anhaften.
3. da wissenschaftlich festgestellt ist, daß die Erschwerung der roten Flecken durch äußere Einflüsse nach dem Färben entsteht, gegen die der Färber machtlos ist, daß Ansprüche wegen roter Flecken keinesfalls anerkannt werden.

Oba bisher gegebene weitergehende Zusicherungen haben für neue Aufträge keine Geltung. Reformationen für ein einzelnes Färber nicht ohne weiteres anerkannt werden, vielmehr haben die hierfür aufgestellten Organe der einzelnen Verbände festzustellen, ob und in welcher Höhe ein Schadenersatzanspruch berechtigt ist oder nicht. Die französischen Seidenfärbereien haben sich erboten, zu erklären, daß sie den hier mitgeteilten Standpunkt schon längst einnehmen und im Verkehr mit ihrer Kundschaf durchzuführen.

Das Rundschreiben ist unterzeichnet von den Mitgliedern des Verbandes der Baseler Seidenfärbereien, Basel, des Verbandes der Seidenfärbereien, Krefeld, des Verbandes färbereischer Seidenfärbereien, Zürich und von den Vereinigten Wiener Seidenfärbereien, S. M. S., Wien.

Aus dem Verbandsgebiete.

Zahlhausen. Unsere Versammlung am 11. August war nicht gut besucht. Zuerst wurde eine Revision der Mitgliederbücher vorgenommen. Kollege Ehrlich als Revisor erklärte, Rasse und Bücher in guter Ordnung gefunden zu haben. Unser Delegierter zur Bezirkskonferenz in Barmen erstattete Bericht über die dort gepflogenen Verhandlungen. Nach einer lehrreichen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen! Inbetreff des Verbandsangehörigen muß es auch für uns heißen: „Nicht die Zahl der Stimmen ist alles, sondern die Qualität.“ Wir machen auf die am Samstag, den 24. August stattfindende Bezirkskonferenz in Barmen besonders aufmerksam. Die Wichtigkeit der Besprechung — es soll ein Beschluß ge-

wählt werden — macht es zur Pflicht, daß alle Mann zur Stelle sein müssen.

Krefeld. Am 11. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erstattete der Geschäftsführer den Quartalsbericht. Derselbe ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl sich in langsam steigender Richtung bewegt, der Erfolg könnte und müßte jedoch ein größerer sein. Dies kam auch in der Diskussion zum Ausdruck. Allgemein klagte man über die Interessenlosigkeit der Mitglieder, ja sogar mancher Vertrauensleute, welche zur Mitarbeit nicht zu haben seien. Der Lokalfassenbestand hat sich wie im ersten Quartal wieder vermindert, obgleich die Agitationskosten als minimal bezeichnet werden müssen. Es gibt noch Kollegen, die sich an dem Lokalbeitrag von monatlich 10 Pf. vorbeidrücken wollen. Diesen Drückedruckern sei hiermit gesagt, daß sie auf sämtliche Unterstufungen des Verbandes keinen Anspruch haben, falls sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Die Bestimmungen des Statuts werden in dieser Hinsicht strikte durchgeführt. Außerdem schließen solche Mitglieder sich auf die Dauer selbst aus. Kollege Koven klagte mit Recht über die mangelnde Opferwilligkeit, welche daraus hervorging, daß noch so wenige sich den höheren Beitragsklassen anschließen hätten. Kollege Deniges betonte, daß der Bericht in klarer, übersichtlicher Weise gehalten sei, jedoch hätte man die Säumigen schon eher zur Erfüllung ihrer Pflichten mahnen müssen. Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß mehr Gelder zur Agitation flüssig würden. Von Seiten des Kollegen Marquardt sowie des Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß in der ersten Zeit manche Schwierigkeiten bezüglich der Zusammenlegung der sechs Ortsgruppen zu überwinden gewesen wären, erst jetzt sei eine klare Uebersicht möglich. Auf Antrag des Kollegen Buch, welcher erklärte, daß Rasse, Bücher und Belege bei der Revision in bester Ordnung gewesen seien, wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. (Die Revisoren waren nicht anwesend. D. V.) Zu Delegierten zur Bezirkskonferenz wurden gewählt die Kollegen: W. Buch, Johann Hallmann und P. Floenes. Unter Verschiedenes gab Kollege Marquardt einen kurzen Bericht über die Beschlusfrage der Samtweber.

NB. Wir bescheidenen obige Zeilen als Bericht von der Mitgliederversammlung am 11. Aug. 1907. Das trifft in gewisser Beziehung nicht zu, denn es waren nicht mehr Kollegen erschienen wie bei einer vollzähligen Vorstandssitzung und Vertrauensmännerprüfung. Kollegen, nicht allein dann, wenn es heißt, Rechte in Anspruch zu nehmen, soll man den Verband kennen, sondern auch dann, wenn es heißt, Pflichten erfüllen. Eine der vornehmsten Pflichten ist der Besuch der Mitgliederversammlungen. Dies den Kollegen dringend zur Beherzigung.

Nordwalde. Nach vielen Bemühungen ist es gelungen, auch in Nordwalde festen Fuß zu fassen. In einer öffentlichen Versammlung am 18. August, die sehr gut besucht war, sprach der Kollege Artmann vom Bauhandwerkerverband sowie der Kollege Heilebroder vom christlichen Textilarbeiterverband. Der Erfolg war, daß für beide Verbände eine Zahlstelle erledigt werden konnte: 30 Kollegen ließen sich sofort aufnehmen. Als provisorische Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Bern. Höfners, August Wersch, Herrn. Kuwe und Bern. Kümle. Möge der jüngste Sprößling am Gewerkschaftsbäume kräftig weiterwachsen und gedeihen. Allen Kollegen und Kolleginnen von Einzelnen und Vorherrschaft sei für ihre Mitarbeit herzlichsten Dank ausgesprochen.

Kottenaacker. Eine gut besuchte Versammlung hielten die Arbeiter und Arbeiterinnen der mehmannischen Weberei hier am 10. August im Gasthof zur Krone ab. Nach einer kurzen Ansprache des Verbandsleiters, Kollegen Wetz aus Alkenbüdingen, referierte Kollege Wahl aus Stuttgart über Zweck und Nutzen der Organisation. Seine Ausführungen fanden reichlich Beifall. 42 Kollegen traten dem Verbande bei. Demnach wurden die Wahlen des Vorstandes getätigt und der Vertrauensleute. Hoffentlich hält die Begeisterung für die Organisation fest an, und wenn ein jeder Kollege in der Agitation seine Pflicht tut, so wird es früher den hiesigen Textilarbeitern zum Wohle gereichen.

Schießbahn. Trotz des am 10. d. s. abends eingetretenen Regenwetters hatten sich trotzdem viele noch eine ziemliche Anzahl Kollegen, welche außerhalb des Ortsbezirktes wohnen, auf unserer Mitgliederversammlung eingefunden, was auch von unserem Vorsitzenden in der Eröffnungsansprache rühmlichst erwähnt wurde. Nach Belegung des Protokolls der letzten Versammlung verlas an Stelle des verhinderten Kapitäns Kollege Peter Holz den Rapportbericht vom zweiten Quartal dieses Jahres. Da Rasse und Bücher in tadelloser Ordnung sich befinden, erstattete der Vorsitzende dem Kapitäner, wenn auch nicht antwortend, seinen Dank für seine, auch jetzt, wo derselbe in so schwierigen Verhältnissen sich befindet, der Ortsgruppe geleistete Arbeit, und die Versammlung erteilte ihm Entlastung. Als Punkt 2 der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende einen längeren Bericht über den Stand der Zentrale. An der Hand der Abrechnungsformulare vom ersten Quartal dieses Jahres wies derselbe nach, daß unser Verband vom 31. Dezember 1906 bis zum 31. März 1907 um 3113 Mitglieder anwuchs und die monatliche Zahl von 4000 überschritten habe. Gleichzeitig seien auch die Agitationskosten geringe, was auch in Zukunft anzugehen wurde. Entschuldigter Weise sei von dieser Annahme auch ein gutes Teil aus dem ersten Verbandesbericht, zu welchem unsere Ortsgruppe gehört, zu verzeichnen. Jedoch dürfe die Agitation nicht erlahmen, da auch hier noch manche Kollegen wie Kolleginners dem Verbande fernblieben. Zu unserer Ortsgruppe müßte besonders danach gesehen werden, daß diejenigen, welche man in die Fabrik eintraten, sowie auch die jugendlichen Arbeiter dem Verbande zugeführt würden, und ferner die Kollegen auf, hierzu sich dem Vorstände bereit zu sein. Nachdem zum Punkt Verschiedenes einige örtliche Angelegenheiten erledigt, fand nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden die Versammlung gegen 10 1/2 Uhr ihren Abschluß.

Gewerkschaftliche u. soziale Kundschau.

Zur Revision der Arbeiterversicherung. Die Generalversammlung des Verbandes der Unfallversicherungsgenossen (Gewerkschaften) hat auf ihrer Tagung in Mannheim am 10. Juni z. a. eine Stellung genommen zu der geplanten Revision der Versicherungsgeetze. Der Minister, Herr Ludwig Lehmann, hätte folgende Resolution vor, welche auch einstimmig angenommen wurde:

1. Eine Umgestaltung der drei Zweige der Arbeiterversicherung, bei welcher die bisherigen Selbstversicherungskörper als Träger der Versicherung ausgeschlossen und durch eine staatliche bürokratische Organisation ersetzt würde, muß unbedingt abgelehnt werden. Insbesondere wird auch die Uebertragung der Unfallversicherung auf den Träger einer der anderen Versicherungszweige abgelehnt sein, da die Aufgabe der Unfallversicherung, nämlich zweckentsprechende Fürsorge für die Verletzten mit langjähriger Verhütung der Unfälle zu verbinden, nur durch berufliche Zusammenfassung der Gewerbe mit voller Selbstverwaltung befriedigend gelöst werden kann. Die in dieser Hinsicht gehegten Erwartungen haben sich auch bisher erfüllt, und es liegt keine Veranlassung vor, von der bewährten Organisation der Berufsorganisationen abzugehen.

2. Auch die Schaffung sogenannter lokaler Stellen für die drei Versicherungszweige (gemeinsamer Unterbau) muß vom Standpunkt der Unfallversicherung aus als ungewünscht bezeichnet werden, weil derartige Stellen, von den Versicherungsträgern losgelöst, der nötigen Vertrautheit mit den Berufsverhältnissen und der unbedingt erforderlichen Verantwortlichkeit gegenüber den Versicherungsträgern ermangeln würden. Durch eine Uebertragung der Unfallversicherung und Entschädigungsbefugnisse sowie der Unfallversicherung auf diese Organe würde die berufsgenossenschaftliche Organisation der Unfallversicherung allerdings gerade ihrer wichtigsten Funktionen und des wesentlichsten Teils ihrer Selbstverwaltung entkleidet werden. Als lediglich vorbereitende Funktionen aber würden die lokalen Stellen keine Vereinfachung, sondern nur eine Vermehrung der Verwaltungsarbeiten bewirken und zu großen Unzulänglichkeiten in den Versicherungsträgern Veranlassung geben. Ein Bedürfnis zur Schaffung besonderer lokaler Stellen liegt bei der Unfallversicherung überhaupt nicht vor.

3. Die bei der Handhabung der Versicherungsgeetze hervorgetretenen Mängel lassen sich durch Einzelmaßnahmen beseitigen; für die Unfallversicherung kommt insbesondere in Betracht: klarere Fassung der gesetzlichen Bestimmungen über die Abgrenzung der Entschädigungen der drei Versicherungszweige, Schaffung eines einheitlichen Zustanzunges für Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern, Verhängung der Beteiligten über die Begrenzung und etwaige Neubildung von Berufsorganisationen, Vereinbarungen mit Krankenkassen und Ärztevereinigungen über das Heilverfahren und Verbesserung der kommunalen und staatlichen Einrichtungen und Anstalten zur Untersuchung und Heilbehandlung von Kranken und Verletzten.

4. Die Bestimmung des § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes über die Annullierung von Reservefonds, die auf nicht zutreffenden Voraussetzungen beruht und den Berufsorganisationen als Körperschaften von öffentlichem Charakter ungerechtfertigt hohe Lasten auferlegt, ist zu ändern.

Von den Berufsorganisationen hat wohl keiner eine andere Stellungnahme erwartet. Gerade aber bei ihnen ist eine Heranziehung unbedingt nötig. Wir heben hier zwei Punkte hervor:

Erstens die Mitwirkung der Versicherten in der Verwaltung und Organisation. Die Resolution erwähnt diesen Punkt nicht einmal. Die Annullierung der Berufsorganisationen geht bekanntlich dahin: weil die Unternehmer die Beiträge allein zahlen, darum haben sie nur allein das Recht, in der Verwaltung und der Organisation zu bestimmen. Das ist ein unhaltbarer Standpunkt. Wenn man eine vorurteilsfreie Beurteilung der Berufsorganisationen und ihrer Leistungen von den Versicherten verlangt, muß man sie zur Mitwirkung heranziehen.

Zweitens das Verhältnis zu den Krankenkassen. Die letzteren tragen jetzt einen ganz erheblichen Teil der Unfallkosten, nämlich die Kosten für alle kleineren Unfälle innerhalb der ersten 13 Wochen. Das ist eine ganz ungedeutete erhebliche Belastung der Krankenkassen. Hoffentlich schafft die Reform der Versicherungsgeetze hier Wandel, trotz der absehbenden Haltung der Berufsorganisationen. Die Bestimmung des § 34 des U. V. G., der bekanntlich eine gewisse Sicherheitsbedingung für die Rente bezweckt durch Annullierung eines großen Reservefonds, wird noch immer geübt. Bekanntlich hat Graf Poladowsky allen darauf gerichteten Bestrebungen fester Widerstand entgegengelehrt. Das trag ihm eine unfeindliche Note ein auf der Generalversammlung der Berufsorganisationen zu seinem Nachbald auf die geschäftliche Tätigkeit kam der Bescheid nämlich auch auf den Rücktritt des Grafen Poladowsky zu sprechen, und er meinte, den Wunsch auszusprechen zu sollen, daß sein Nachfolger bei den Berufsorganisationen etwas mehr Freundlichkeit an den Tag legen möge. (Gesagte Zustimmung.) Man habe es unangenehm empfunden, daß der Staatssekretär in keinem Falle eine Einladung zur Versammlung Folge geleistet habe. Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Herr Kaufmann, der den Verhandlungen beizuwohnte, ließ die Ausführungen des Vorsitzenden über den Grafen v. Poladowsky nicht unmerkwürdig. Er habe erst jüngst Gelegenheit gehabt, mit seinem hochverehrten Herrn Chef über seine Einträge bei Zusammenkünften mit berufsgenossenschaftlichen Organen zu sprechen, und dabei habe der Herr Staatssekretär die Bedenken der Berufsorganisationen keineswegs verkannt. Es dürfe daher die Legende nicht aufkommen, als sei der Herr Staatssekretär kein Freund der Berufsorganisationen gewesen. Er sei ein viel zu einsichtsvoller und gerechter Mann gewesen, um das, was die Berufsorganisationen Gutes geleistet hätten, nicht zu verkennen. Wenn er bei den Versammlungen des Verbandes nicht erschienen sei, so dürfe daraus bei seiner Ueberlastung mit Geschäften ein Schluß gegen die Berufsorganisationen nicht gezogen werden. In dieser Beziehung habe der Verband das Schicksal anderer Verbände geteilt. Herr Kaufmann möchte auch kein Hehl daraus, daß bei aller Anerkennung der Leistungen der Berufsorganisationen in der Verwaltung und Organisation noch manches verbessert und vervollkommen werden müsse.

Sozialdemokratische Schärffahren gegen die christlichen Gewerkschaften.

Ein fruchtloses sozialdemokratisches Vergehen, das verdient, etwas tiefer gehängt zu werden, finden wir im „Vorwärts“ in Nr. 182. Derselbe berichtet über die Generalversammlung des Arbeitgebersverbandes für das bayerische Erzgebirge, welche Ende Juli in Hildesheim stattfand. Auf der besagten Generalversammlung wurden verschiedene Resolutionen angenommen, die in Verbindung mit den geglopnenen Erörterungen erkennen lassen, daß sich allmählich dieser Arbeitgebersverband mit der Errichtung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit abfindet und mit ihnen rechnet, d. h. die Arbeitsverhältnisse im Gewerbe mit den Organisationen zu regeln bereit ist. Für die Organisation des Arbeitgebersverbandes ist ein Beschluß von Wichtigkeit, der eine zentralisierte Organisation für ganz Deutschland als „Hilfsrat“ der Arbeitgeber bezeichnet. Eine andere Resolution heißt:

Die Generalversammlung beschließt, alle bestehenden Organisationen als gleichberechtigt bezw. verbandlungsbehaftet anzuerkennen und für bei allen vorkommenden Fällen gemeinsam zu wirken.

Gerza bemerkt der „Vorwärts“ in dem ihm eigenen Satze:

Das geht über v. Reichow, der nur die Arbeiterorganisationen identifizieren anerkennen wollte. Die „Hilfsratgeber“ bezogen die Anerkennung gleich auf alle bestehenden Organisationen der Arbeiter aus. Rein Selbstzweck, was willst du noch mehr? Aber a dieser Hinsicht ist bei der Zeit allemal dabei. Die Christlichen sind nämlich unermesslich ganz bedeutungslos; sie dem wichtigsten Sozialkriterium als gleichberechtigt bezw. verbandlungsbehaftet zu koordinieren, ist absurd, wenn nicht auf diese unverständliche Weise die christliche Gewerkschaft in die Arbeitervertretung launziert werden soll. Denn auch während die Christen, die den Schärffahren an der Spitze stehen, unangelegentlich geleistet

haben, ehrlich um ihr Brot kämpfenden Arbeitern als gleich- und verhandlungsberechtigter Teil aufgefaßt werden, so ist die tatsächliche berechnete Macht der Unternehmer ganz klar. Deutlicher kann es den Arbeitern nicht wohl gesagt werden, daß die neue, zu Verhandlungen bereite Taktik des Unternehmertums nichts an dem Prinzip des kapitalistischen Verrentens ändert, daß sie nur ein korruptes Mittelchen ist, womit die Unternehmer bei Friedensabzügen dunkle Geschäfte machen wollen.“

Seit Jahr und Tag räsontiert die sozialdemokratische Presse über die Unternehmer, welche in ihrem brutalen Verrentungsstandpunkt nicht mit den Organisationen verhandeln wollen, und mit Recht. Nun erklärt sich ein großer Unternehmerverband offen für das Verhandeln mit allen Organisationen, aber jetzt schimpft sie erst recht, weil die Unternehmer nicht ausschließlich mit der Sozialdemokratie allein verhandeln wollen. Der „Vorwärts“ nennt das ein „korruptes Mittelchen“ um in „tatsächlich berechneter Macht“ bei Friedensabzügen dunkle Geschäfte zu machen. Diese Charakterisierung trifft aber am allerersten auf den „Vorwärts“ selbst zu. Er verlangt die Ausschaltung der christlichen Gewerkschaften und die Ueberschneidung der Sozialdemokratie, wie es im Buchdruckerorganisationsvertrag beinahe erreicht ist. Die „numerisch bedeutungslosen“ Christlichen werden sich der sozialdemokratischen Tyrannei zu erwehren wissen. So leicht geht das „Schädelknacken“ bei den christlichen Gewerkschaften nicht. Im übrigen müssen die Schärffahrer an dieser sozialdemokratischen Taktik ihre hellste Freude haben. Wird doch ihr Verrentungsstandpunkt hier von dem sozialdemokratischen Zentralorgan in der glänzendsten Weise gerechtfertigt. Sie haben immer ihre Abneigung gegen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften damit begründet, daß dies ein Zugeständnis an die Sozialdemokratie sei. Das ist gewiß in den meisten Fällen ein Vorwand, aber nunmehr können sie sich auf das sozialdemokratische Zentralorgan berufen, das offen tabelt, daß die Unternehmer bereit sind, mit Organisationen zu verhandeln, die nicht sozialdemokratisch abgestempelt sind.

Auf die weiteren Beschlüsse der Generalversammlung des Arbeitgebersverbandes kommen wir in der nächsten Nummer zurück.

Veranstaltungskalender.

- Bamberg. 28. August, 8 Uhr, im Schwein furtterho öffentlichen Versammlung.
- Barmen. 31. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale Genügsamkeit, Karlsru.
- Barmen. 25. August, 10 1/2 Uhr, bei Wanders (im Stern).
- Bochum. 7. Sept., 8 Uhr, bei A. Döring (L. Saal).
- Dingelshausen. 31. Aug., 8 Uhr, im „König von Preußen“.
- Epe, Westf. 6. Sept., 8 Uhr, bei G. Maack, Vertrauensmännerversammlung.
- Gibersfeld. 31. August, 8 1/2 Uhr, bei Perkenzath, Klobhahn, Ausschuss- und Vertrauensmännerversammlung.
- Gork (Sachsen). 31. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Bräutchen“.
- H. Gladbach-Wenn. 25. Aug., 5 1/2 Uhr, bei A. Weferz.
- Hera. 31. August, 9 Uhr, bei Bintelmann, Vorstandssitzung.
- Greiz. 30. August, 8 1/2 Uhr, in Supfers Lokal.
- H. Gladbach-Waldhauserhöhe. 24. August, 9 Uhr, bei Witwe Liebich.
- Harzberbroich-Besch. 25. August, 11 Uhr, bei Paggan, Mühlentst., außerordentliche Generalversammlung.
- Helmstedt. 25. August, 4 Uhr, bei Krippendorff.
- Hermesdorf. 25. August, 11 Uhr, bei Wilh. Gottschalk, Generalversammlung.
- Kaldenkirchen. 25. August, 11 Uhr, bei Franz Schönmeng, Generalversammlung.
- Markt-Redwitz. Die am 25. August geplante Kartellversammlung findet am Sonntag, den 8. September, 2 Uhr, bei Fritz Greger, Vertrauenshaus, statt.
- Neumünster. 27. August, 8 1/2 Uhr, im Gefellenvereinslokale, Bahnhofsstr.
- Reckenkirchen. 25. August, 11 1/2 Uhr, bei Jödling, Vorstandssitzung, Vertrauensmänner- und Ausschuss-Versamm.
- Ohre. 1. Sa. 25. August, im weißen Hof zu Ohre.
- Ohtrup. 8. September, 4 Uhr, bei Witwe Fischer, öffentliche Versammlung.
- Rosendorf. 24. August, 8 Uhr, bei Göbel.
- Saßlingen (Baden). 30. August, 1/6 Uhr, im Kctsh. Vereinshaus.
- Walheim. 25. August, 5 1/2 Uhr, bei Sub. Meyer, Generalversammlung.
- Waldhausen. 24. August, 1/9 Uhr, bei Joh. Bönnen, Generalversammlung.
- Warendorf. 25. August, 6 Uhr, bei Ww. Lene Bräunelbre.
- Widderberg bei H. Gladbach. 31. August, 9 Uhr, bei Wilh. Baus.
- Wittrath. 25. August, 6 Uhr, bei Joseph Wölscher in Widtrathhahn, große öffentliche Versammlung.
- Widderath. 25. August, 5 1/2 Uhr, bei Wülfchen, öffentliche Versammlung.

III. Agitationsbezirk (Aachen).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 25. August, morgens 10 Uhr, im Gesellschaftshaus, Poststraße 56 statt. Tagesordnung: 1) Tätigkeitsbericht; 2) Einführung von Wohnbüchern; 3) Vornahme der erforderlichen Wahlen; 4) Anträge; 5) Agitation. Die Ortsgruppenvorstände sind gebeten, rechtzeitig die Delegiertenmandate nach § 40 der neuen Statuten vornehmen zu lassen.

J. A. S. Siftenich, Bezirksvorsitzender.

V. Agitationsbezirk (Westf. Münsterland).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 25. August in Gronau, im Lokale des Herrn Horinghaus, Hotel „Westfälischer Hof“, Mühlmathe statt. Anfang präzis 11 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1) Tätigkeitsbericht; 2) Vornahme der erforderlichen Wahlen; 3) Referat über Agitation und Taktik; 4) Referat über inneren Ausbau der Ortsgruppen; 5) Verschiedenes. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Delegierten wird gebeten.

J. A. S. Adolf Senning.

I. Elsaß-Lothringische Gewerkschaftskonferenz.

Am 15. September findet in Straßburg eine

Konferenz

der christlichen Gewerkschaften Elsaß-Lothringens statt.

Tagesordnung:

1. Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Elsaß-Lothringen und Beratung über Mittel und Wege zur Förderung derselben.
2. Die Mängel unseres Elsaß-Lothringischen Gewerbevertrages.
3. Notwendigkeit einer Vermehrung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten.
4. Beschlußfassung über eine einheitliche Aktion zur Erhöhung der ortsbüchlichen Tagelöhne.

Die Ortsgruppen der in Elsaß-Lothringen vertretenen christlichen Berufsorganisationen sind dringend gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Jede Ortsgruppe ist berechtigt, einen Vertreter zu entsenden. Kleinere, räumlich sich nahegelegene Zahlstellen können eventuell auch gemeinsam einen Delegierten mit der Vertretung betrauen. Die Unkosten haben die Ortsgruppen selbst zu tragen. Die Konferenz beginnt präzis 10 Uhr. Das Tagungslokal wird noch bekannt gegeben. Anmeldungen sind möglichst bis 1. September an Kollegen Geinrich Kuhn in Straßburg, Kaiserinmarienstraße, zu richten. Anfragen beantwortet der Unterzeichnete.

J. A. S. Franz Fischer, Mühlhausen i. E., Wohltätigkeitsstr. 18.